Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9315**

18. Wahlperiode 01.08.2016

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 17. bis 20. Mai 2013 in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg

Inhaltsverzeichnis

1. Teilnehmer der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,

Abgeordnete Ulla Schmidt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,

Abgeordneter Uwe Beckmeyer (SPD),

Abgeordneter Jürgen Hardt (CDU/CSU),

Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),

Abgeordneter Johannes Pflug (SPD),

Abgeordneter Joachim Spatz (FDP),

Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (FDP).

Bundesrat:

Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation

Minister Alexander Bonde (Bündnis 90/Die Grünen), Baden-Württemberg

Senator Frank Henkel (CDU), Berlin,

Minister Jörg Geibert (CDU), Thüringen

2. Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, 18. Mai 2013, und Sonntag 19. Mai 2013 statt. Das Plenum tagte am Freitag, 17. Mai 2013.

3. Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 18. Mai 2013, unter dem Vorsitz von Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada).

Die luxemburgische Verteidigungsministerin **Jean-Marie Halsdorf** trug zum Thema **„Die luxemburgische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik“** vor, ihr Land leiste seit einer Liberalisierung der Rechtslage in Bezug auf Auslandseinsätze im Jahre 1992 regelmäßig einen Beitrag zu multilateralen militärischen Missionen. So habe Luxemburg zu den Einsätzen in Afghanistan, im Irak und in Mali beigetragen. Die Strategie sei, sich auf Nischenfähigkeiten zu konzentrieren und auf *Public Private Partnerships* zu setzen. Dergestalt könnten der NATO militärische Fähigkeiten zur Verfügung gestellt werden, die eine wichtige Ergänzung zu Fähigkeiten großer Beitragszahler darstellten, wie etwa im Bereich der Satellitenkommunikationssysteme. Sie lobte die gute Zusammenarbeit zwischen Luxemburg und Belgien. Vor dem Hintergrund der *Smart Defence*-Initiative hätten beide Länder 2012 eine stärkere Kooperation vereinbart. Auf Nachfrage des Abgeordneten **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) zur Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Europäischen Union (EU) betonte sie die Überschneidungen zwischen den Konzepten *Smart Defence* und *Pooling and Sharing*, die bei der Operation Atalanta und Einsätzen in Mali zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit geführt hätten. Der Abgeordnete **Younoussi Touré** (Mali) äußerte seine Dankbarkeit für die europäischen Stabilisierungsmaßnahmen in seinem Land, woraufhin Ministerin **Jean-Marie Halsdorf** die Bedeutung regionaler Lösungen unterstrich.

Dr. Guillaume Lasconjarias, wissenschaftlicher Referent des *NATO Defence College* in Rom, führte in seinem Vortrag zum Thema **„Die Herausforderungen der Entwicklungen in Mali und der Sahelzone“** aus, dass die NATO vor dem Hintergrund ihres Managements im Libyenkonflikt mitverantwortlich für die Krise in der Sahelregion sei. Tatsächlich habe sie Frankreich weitestgehend allein gelassen und glaube nun, die militärische Intervention Frankreichs habe den Konflikt gelöst. Eine Stabilisierung Malis sei jedoch nur mit einer langfristigen Perspektive zu erreichen. Die internationale Gemeinschaft müsse nun gemeinsam an einer Wiederherstellung der Sicherheit in Mali und in der Region arbeiten. Denn es bestehe das Risiko eines *Spill-over*-Effektes auf die gesamte Region, insbesondere auf Mauretanien, Algerien, Niger und Libyen. Die Krise offenbare Unzulänglichkeiten der afrikanischen Eingreiftruppen, das Erfordernis, ausreichend europäische Interventionskapazitäten bereit zu halten, und die Unmöglichkeit, politische Konflikte ohne Einbindung der lokalen Akteure

zu lösen. Der Wissenschaftler schlug vor, die NATO solle zukünftig bei der Ausbildung von lokalen Streitkräften helfen sowie regionale militärische Kooperationen anstoßen und unterstützen. Grundsätzlich appellierte er an die Mitgliedsländer der NATO, Entwicklungshilfemaßnahmen in der Region zu verstärken.

David B. Roberts, Direktor des *Royal United Services Institut Qatar*, beleuchtete in seinem Vortrag zum Thema **„Die Sicherheitsimplikationen, die sich aus dem Krieg in Syrien für die Nachbarländer ergeben“** die Situation der Nachbarländer Syriens. So leide der Libanon erheblich unter der großen Zahl an Flüchtlingen aus Syrien, spiele aber zugleich eine wesentliche Rolle bei der Bildung von Kampftruppen der Rebellen. Für die irakische Führung stehe neben der Bewältigung der Flüchtlingsfrage die Angst im Vordergrund, der Bürgerkrieg könne die irakisch-syrische Grenze überschreiten und zu Instabilität auch in ihrem Land führen. Der Iran betrachte Syrien noch immer als Partner, halte jedoch nicht zwingend an der Führung des syrischen Staatspräsidenten Baschar Hafiz al-Assad fest. Die Türkei fühle sich in besonderer Weise bedroht vom syrischen Nachbarn. Jordanien sei am stärksten von Flüchtlingsbewegungen betroffen und spiele eine zentrale Rolle bei der möglichen Bildung einer arabischen Interventionsgruppe. Er äußerte die Ansicht, dass der richtige Zeitpunkt für einen Regimewechsel verpasst worden sei. Ein russischer Abgeordneter bezweifelte, dass eine Intervention in Syrien mit den Menschenrechten vereinbar wäre, und vertrat, dass die Unterstützung von Rebellen in Syrien der Ausdruck westlicher Aggression sei und das Ziel verfolge, Russland in der Region zu schwächen.

In der Beratung des Berichts des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über **„Die Rolle der NATO im Hinblick auf die Sicherheit im hohen Norden“**, vorgelegt von der Berichterstatterin **Jadwiga Zakrezewska** (Polen) und vorgestellt von dem Abgeordneten **John Dyrby Paulsen** (Dänemark), äußerte ein russischer Delegierter, dass der Arktische Rat ausreiche, die relevanten Sicherheitsfragen in Bezug auf die Arktis zu behandeln, und dass es keines Engagements der NATO in der Region bedürfe.

In der Beratung des Generalberichts über **„Die zunehmende strategische Bedeutung Asiens: Folgen für die NATO“,** vorgelegt von dem Generalberichterstatter **Assen Agov** (Bulgarien) und vorgestellt von dem Abgeordneten **Ojars Kalnins** (Lettland) wurde deutlich, dass eine engere Zusammenarbeit mit China für erforderlich erachtet wird. Abgeordneter **Ojars Eriks Kalnins**, der für den aus dem Amt geschiedenen Berichterstatter Assen Agov den Bericht vorstellte, schlug vor, die Beziehungen zu China zu institutionalisieren und über die Bildung eines NATO-China-Rates nachzudenken.

Michael Rühle, Leiter der Abteilung Energiesicherheit und aktuelle Sicherheitsherausforderungen der NATO, sah in seinem Vortrag zum Thema **„Zukünftige transatlantische Sicherheitsbeziehungen“** das Erfordernis einer Neudefinition des transatlantischen Verhältnisses. Die USA wendeten sich zwar zunehmend dem asiatischen Raum zu, böten den europäischen NATO-Mitgliedern jedoch weiterhin eine militärische Rückversicherung und hielten ihre militärische Präsenz in Europa aufrecht. Dabei sei unstreitig, dass die europäischen Alliierten volle Verantwortung übernehmen müssten für den Erhalt von Stabilität in Europa und dass die transatlantischen Beziehungen vorrangig wirtschaftliche Kooperation umfassten. Die NATO sei für die USA ein wichtiges Bindeglied zur EU, die nach wie vor der zentrale Partner zur Lösung internationaler Konflikte sei. Um das transatlantische Verhältnis an die neuen Realitäten anzupassen, schlug Michael Rühle vor, die *Smart Defence*-Initiative weiter voranzutreiben, Findungsprozesse sowie die Implementierung kollektiver Entscheidungen flexibler zu gestalten und zu einem Forum für einen breiteren Sicherheitsansatzes zu werden. In der anschließenden Diskussion betonte er, dass weder die *Smart Defence*- noch die *Pooling and Sharing*-Initiative nationale Souveränitätsansprüche tangierten. Er unterstrich abschließend die Bedeutung von Energiesicherheit und die Rolle der NATO in diesem Bereich, die etwa deutlich werde bei der Sicherung von Seewegen durch Truppen der Alliierten. Er hielt es für möglich, dass aufgrund der „Schiefergasrevolution“ das Interesse der USA am Kaukasus abnehmen könne. Er sprach sich für den Erhalt einer „nuklearen Kultur“ in der NATO aus.

In der Beratung des Berichts des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über **„Die Partnerschaft zwischen der NATO und Zentralasien“**, stellte Berichterstatter Abgeordneter **Daniel Bacquelaine** (Belgien) die Veränderung des Verhältnisses der NATO zu den Nachbarstaaten Afghanistans heraus. Ohne die Länder Mittelasiens sei Afghanistan nicht zu stabilisieren. Daraus ergebe sich eine Abhängigkeit der NATO von der Zusammenarbeit mit diesen Staaten, was die Beziehungen verändert habe. Die NATO müsse dabei ihren Wertekanon im Blick behalten.

4. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Sonntag, 19. Mai 2013, unter dem Vorsitz von Senator **Joseph A. Day** (Kanada).

General **Mario Daubenfeld**, Stabschef des Großherzogtums Luxemburg, betonte in seinem Vortrag zum Thema **„Luxemburgs Rolle im Bereich multilateraler Sicherheit" die signifikante Rolle, die sein Land in** den letzten Jahren im NATO- und im EU-Kontext im Bereich multilateraler Sicherheit gespielt habe. Insgesamt hätten 1.200 luxemburgische Soldaten in multilateralen Missionen auf dem Balkan, in Afghanistan, in der Demokratischen Republik Kongo, in Mali und im Libanon gedient. Die luxemburgische Armee sei angesichts der staatlichen Austeritätspolitik umfassend transformiert worden und habe sich den *Smart Defence*-Ansatz als Teil der Benelux-Partnerschaft früh zu Eigen gemacht. Abgeordneter **Gilbert Le Bris** (Frankreich) bezeichnete die luxemburgische Kooperationsdoktrin als beispielhaft für andere NATO-Mitgliedstaaten.

Der Ausschuss beriet mit Beiträgen von **Dr. Guillaume Lasconjarias**, wissenschaftlicher Referent des *NATO Defence College* in Rom, den Sonderbericht **„Krisenregion vor den Toren Europas: Eine neue strategische Nord-Süd-Partnerschaft für die Sahelzone"** der Berichterstatterin **Nicole Ameline** (Frankreich), die betonte, dass das vorrangigste Ziel der französischen Intervention in Mali die Wiederherstellung der Integrität des Landes gewesen sei. Die langfristige Zielrichtung gehe jedoch über die Grenzen Malis hinaus. Die internationale Gemeinschaft und die NATO im Besonderen benötigten eine neue Sicherheitsvision für die Region. Die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen (VN), der EU und der NATO sollte gestärkt und mit Mali und weiteren Ländern der Sahelzone eine NATO-Partnerschaft eingegangen werden. Mit Präsident **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) berichtete sie über den gemeinsamen Besuch in Mali vom 7. bis 10. Mai 2013. Sie forderten die internationale Gemeinschaft auf, sich den Hauptursachen der Krise anzunehmen, dies seien insbesondere Unterentwicklung, Korruption, Nichteinbindung der Tuareg in politische Prozesse und Mangel an Legitimität sowie schlechte Regierungsstrukturen des aktuellen Regimes. Wie in Afghanistan bedürfe es eines umfassenden Ansatzes mit einem ernstzunehmenden militärischen Einsatz der NATO und ihrer Partner. **Dr. Guillaume Lasconjarias**, erinnerte daran, dass die NATO in Mali weder involviert sei, noch vorhabe zu intervenieren. Lediglich einzelne Alliierte seien als Teil der *European Union Training Mission Mali* (EUTM Mali) im Einsatz. Ausbildung von militärischem Führungspersonal und Streitkräftereform sei vonnöten und von malischen Autoritäten angefragt, aber bislang nicht Bestandteil des EUTM-Plans. Er forderte die NATO auf, sich mit ihren Kapazitäten im Bereich Ausbildung und Reformmanagement stärker einzubringen, um weiteren Eskalationen in Mali oder einem *Spill-over*-Effekt in die Region entgegenzuwirken. In der anschließenden Diskussion betonte der Abgeordnete **Younoussi Touré** (Mali), dass es aufgrund der französischen Intervention gelungen sei, die Integrität seines Landes wieder herzustellen. Der Terrorismus sei jedoch noch nicht vollumfänglich unter Kontrolle. Es sei eine Kommission für Dialog und Aussöhnung ins Leben gerufen worden. Verhandlungen seien jedoch nur möglich, wenn alle bereit wären, ohne Waffen an einem Tisch zu sitzen. Abgeordneter **John Stanley** (Vereinigtes Königreich) machte darauf aufmerksam, dass einige NATO-Mitgliedstaaten für Waffenlieferungen in die Region mitverantwortlich seien, und er forderte dazu auf, in dem Bericht einen Appell an die Parlamente auszusprechen, auf ihre Regierungen einzuwirken, das Waffenhandelsabkommen der VN zu ratifizieren. Auf die Frage des Abgeordneten **Gilbert Le Bris** (Frankreich) nach möglichen Reaktionen der Nachbarstaaten auf eine Intervention der NATO in Mali, vertrat **Dr. Guillaume Lasconjarias**, die NATO solle nicht intervenieren, sondern die Trainingsprogramme des *NATO Defence College* in Rom aufstocken und auf die Länder der Sahelregion ausweiten.

Diskutiert wurde auch der Bericht des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit" über **„Transatlantischer Beziehungen, weltweite Partner: die Umsetzung des neuen strategischen Konzepts durch Kooperation und Partnerschaft"** der Berichterstatterin **Nicole Ameline** (Frankreich)**.** Mit diesem Bericht fordert sie die Alliierten auf, intern auf Konsolidierung und extern auf den Dialog mit Partnern zu setzen. Sie spricht sich dabei deutlich für die Erweiterung der Partnerschaftsdialoge mit anderen Staaten und Kooperationen mit anderen internationalen Organisationen aus. Abgeordneter **Menzies Campbell** (Vereinigtes Königreich) vertrat, dass die Bezeichnung Asiens in dem Bericht als „Schlüsselpartner" zu weit gehe.

Mit dem Bericht des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten" über **„Smart Defence, Strategische Verteidigung: Zusammenlegen und Teilen von Anfang an"** stellte Senator **Xavier Pintat** (Frankreich) heraus, dass *Smart Defence* einen Rahmen darstelle für die Stärkung von Kooperationen im Bereich Bildung und Forschung zwischen nationalen Waffenindustrien. Ziel solle ein effektives militärisches *Tool Kit* für zukünftige Fähigkeiten der Allianz sein, mit einer gemeinsamen Nutzung von Forschungsressour-

cen, Wissensaustausch und Technologietransfer. Dies sei der Schlüssel, um langfristig kostspielige Überschneidungen von Forschungsprojekten zu vermeiden und um Gräben zu schließen zwischen den Verteidigungsfähigkeiten der NATO-Mitgliedstaaten untereinander oder im Vergleich zu aufstrebenden Mächten. In der nachfolgenden Diskussion forderten zahlreiche Abgeordnete den Berichterstatter dazu auf, konkretere Vorschläge zu unterbreiten, wie die Alliierten bei der Entwicklung von Fähigkeiten erfolgreich zusammenarbeiten könnten. Der Abgeordnete **Vladimir Komoedov** (Russische Föderation) forderte dazu auf, auch innerhalb des NATO-Russland-Rates pragmatischer auf Kooperation zu setzen.

Im Rahmen einer Paneldiskussion präsentierte **Dr. Stephen Biddle**, Professor für Politikwissenschaften und Internationale Angelegenheiten an der George Washington University in Washington, in einem Vortrag zum Thema **„Übergang und Zukunft Afghanistans“** seine Ansichten zur Zukunft Afghanistans. Ergebnis des Krieges in Afghanistan werde nicht die endgültige militärische Niederlage der Taliban sein, es sollte jedoch eine weitgehende Schwächung ihrer Einheiten erreicht werden. Nur so könnten die Taliban an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Mit dem Abzug der Kampftruppen im Jahre 2014 werde die *Afghan National Security Forces* (ANSF) zwar in der Lage sein, die Gebiete abzusichern, die von den alliierten Kräften zuvor erobert wurden, nicht aber die zahlreichen, von den Taliban kontrollierten Gebiete. Ein ausverhandeltes Abkommen sei der einzige Weg, den Krieg nachhaltig zu beenden. Ein Vorschlag für ein Abkommen sollte auf dem Tisch liegen, bevor die Übergangsphase ende. Die internationale Gemeinschaft solle die verbleibende Zeit nutzen, den Diskurs anzustoßen und die Gesellschaft auf erforderliche Konzessionen vorzubereiten. Bisher habe diese Debatte weder in den Vereinigten Staaten noch in den anderen NATO-Mitgliedstaaten begonnen. Die Ausschussmitglieder diskutierten über die verschiedenen Aspekte der auf beiden Seiten erforderlichen Konzessionen. Voraussetzung auf Seiten der Taliban sind nach Dr. Biddle ein offizielles Beenden aller Verbindungen zu Al-Qaida und eine Akzeptanz der afghanischen Verfassung. Er schlug vor, dass die VN einen Vermittler benennen sollten, der weder die amerikanische noch die afghanische Staatsbürgerschaft habe und nicht aus der NATO komme.

Zweites Thema der Paneldiskussion war der Generalbericht **„Afghanistan: 2014 und die Zeit danach“** des Generalberichterstatters **Sven Mikser** (Estland), der herausstellte, dass eine langfristige Stabilität nicht nur von den Fähigkeiten der ANSF abhänge, sondern auch von Fortschritten in den Bereichen Zivilgesellschaft, Regierungsführung, Wirtschaftswachstum und Integration der Taliban. Er sehe durchaus Raum für vorsichtigen Optimismus. Hervorzuheben sei im Wiederaufnahme- und Versöhnungsprozess vor allem die Rolle Pakistans, dessen Regierung und Militär die Taliban in Teilen unterstütze. Er bezifferte die benötigte finanzielle Hilfe für die ANSF mit ca. sechs Millionen US-Dollar in den kommenden Jahren, weit mehr als der afghanische Haushalt ausmache. Auf die Frage des Abgeordneten **Khalid A. Pashtoon** (Afghanistan) nach den Möglichkeiten, Pakistan dazu zu bringen, die Taliban nicht weiter zu unterstützen, antwortet **Dr. Stephen Biddle**, dass Pakistan nur unter Wahrung seiner Interessen in einen allgemeinen Kompromiss eingebunden werden könnte.

5. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 18. Mai 2013, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Petras Austrevizius** (Litauen). Zentrale Themen der Sitzung waren die Förderung von nichtkonventionellem Öl und Gas sowie die Entwicklung der Verteidigungsausgaben und deren Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen.

Der Abgeordnete **Leon Benoit** (Kanada) kritisierte die gemeinsame Sitzung mit dem Nordatlantikrat im Rahmen der Plenarsitzung am Vortag. Er und viele andere Mitglieder der Versammlung seien der Auffassung, alle Fragen sollten durch den NATO-Generalsekretär beantwortet werden. Die Antworten auf einige Fragen durch NATO-Botschafter seien inhaltlich unbefriedigend gewesen.

In einem Vortrag zum Thema **„Die Investitionsattraktivität und Zukunftsfähigkeit kleiner Volkswirtschaften“**, definierte **Patrice Pieretti** Professor für Wirtschaft am Zentrum für angewandte Volkswirtschaft, Universität Luxemburg, eingangs Staaten als „klein“, deren Bevölkerungszahl unter dem Schwellenwert von zehn Millionen Einwohnern liege. Er erklärte, in volkswirtschaftlicher Hinsicht teilen Kleinstaaten verschiedene Charakteristika: Einerseits könnten sie kaum Massenproduktionsvorteile ausnutzen und hätten wegen des kleinen Binnenmarkts meist nur eine wenig differenzierte Wirtschaftsstruktur. Daher müssten sie besonders offen für den Weltmarkt sein, was ihre Wirtschaft aber wiederum für exogene Ereignisse besonders anfällig mache. Auf der anderen Seite könnten sie durch Spezialisierung bestimmte Nischen besetzen (oft im Finanzsektor und in anderen Dienstleistungsbranchen) und ein kleiner Regierungs- und Verwaltungsapparat ermögliche schnellere Reaktionen auf Veränderungen in der Weltwirtschaft. Der Nachteil, klein zu sein, könne z. B. durch große Anstrengungen in der Ausbildung und bei der Entwicklung flexibler sozialer Institutionen ausgeglichen werden.

Mit Bezug auf Luxemburg erklärte er, das Land sei nicht nur monolithisch auf den Bankensektor spezialisiert, sondern habe die Struktur der angebotenen Finanzdienstleistungen mit Erfolg diversifiziert. Er zeigte den Zusammenhang von Wohlstand und Abhängigkeit von Auslandsinvestitionen; mit deren Zuwachs steige auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf signifikant. Abschließend wies er darauf hin, das erste Kriterium für Attraktivität von Investitionen sei die Qualität der Infrastruktur (Verkehrswege und Telekommunikation). Die Höhe der Steuern und der Arbeitskosten hätten weniger Bedeutung, hingegen sei auch die immaterielle Infrastruktur (Rechtswesen) wichtig. Es bedürfe außerdem eines stabilen politischen Umfelds mit klaren und entschlossenen Entscheidungen. In der Diskussion wurde nach möglichen Auswirkungen einer Finanztransaktionssteuer für Luxemburg und die Bedeutung des Bankgeheimnisses gefragt. Patrice Pieretti erklärte, eine Transaktionssteuer hätte sicherlich Auswirkungen, würde aber den Bankensektor nicht untergraben. Beim Bankgeheimnis sah er eine Entwicklung zu einem verstärkten automatischen Daten- und Informationsaustausch. Er betonte, inzwischen seien für Anleger nicht nur hohe Renditen, sondern auch Service und Sicherheit wichtig. Der Abgeordnete **Uwe Beckmeyer** (Deutschland) sagte, man habe erkennen müssen, dass Dienstleistungen nicht das Allheilmittel für die EU seien. Erforderlich für Wachstum sei eine Re-Industrialisierung. **Patrice Pieretti** hinterfragte am Beispiel von Logistikanbietern die klare Trennung zwischen Industrie und Dienstleistungen.

Im Mittelpunkt des Vortrags von **Phillip Cornell**, Special Advisor, Internationale Energieagentur (IEA), zum Thema **„Die geopolitischen Auswirkungen des Booms von unkonventionellem Gas in Nordamerika und mögliche Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen“** stand die Frage, wie die Förderung unkonventioneller Öl- und Gasvorkommen die Energiemärkte der USA und Europas verändern werde. Die Energiemärkte seien in den vergangenen Jahren sehr abgeschottet und ohne Verbindungen zueinander gewesen, die Preise differierten stark aufgrund von Subventionen und unterschiedlichen Grundkosten. Die IEA rechne damit, dass die USA innerhalb von nur fünf Jahren Saudi-Arabien und Russland als weltgrößte Ölproduzenten ablösen werden. Auch die Re-Industrialisierung der USA sei eine Folge des eigenen Energie-Booms. Phillip Cornell erklärte weiter, die Entwicklung einer Infrastruktur für Flüssigerdgas führe zu einem vermehrt einheitlichen und globalen Gasmarkt. Er wies auf die in Europa ebenfalls vorhandenen unkonventionellen Energievorkommen hin. Jedoch sei die Zustimmung der Bevölkerung zu deren Gewinnung durch hydraulisches Brechen, das sog. Fracking, bisher gering. Man müsse einen Ausgleich finden zwischen wirtschaftlichen und umweltpolitischen Aspekten. Seine Agentur habe „goldene Regeln“ für Umweltnormen entwickelt, um mehr öffentliche Akzeptanz einzuwerben. Die EU sei der weltweit größte Erdgas- und Ölimporteur und müsse seiner Abhängigkeit durch eine Diversifizierung der Lieferbeziehungen begegnen. Für eine Senkung der Energiepreise und mehr Stabilität müssten die globalen Energiemärkte stärker integriert werden. Mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen erklärte er, der Gas-Boom in den USA sorge für mehr Sicherheit in der transatlantischen Energieversorgung, aber Europa müsse die eigenen Energiemärkte stärker reformieren. In der Diskussion erklärte Phillip Cornell, durch entsprechende staatliche Regulierungen könnten die Umweltrisiken minimiert werden. Ein weiteres Thema waren auch erneuerbare Energien und Kernenergie. Der Abgeordnete **Uwe Beckmeyer** (Deutschland) sprach die erhebliche Differenz der Preise für Energie zwischen dem Handel und den Konsumenten an. Mit Verweis auf Probleme, die auch in den USA beim Fracking entstünden, fragte er nach einer Möglichkeit der Erhöhung von Akzeptanz. **Phillip Cornell** erklärte, durch eine gute Kommunikation und Zusammenarbeit der Industrie mit der Öffentlichkeit und Transparenz könnte Vertrauen erhalten bleiben bzw. aufgebaut werden. Er verwies auf eine Empfehlung der Agentur, einheitlich nur sieben Prozent auf die Herstellungspreise aufzuschlagen.

Alexander Nicoll, *Director for Editorial, International Institute for Strategic Studies*, London, zeigte in seinem Vortrag zum Thema **„Europäische Verteidigungszusammenarbeit: Wege in die Zukunft“** die Bereiche für eine engere europäische Verteidigungszusammenarbeit auf. Seit Jahren seien die Verteidigungsausgaben in den Ländern rückläufig, die Finanzkrise habe die sicherheitspolitischen Auswirkungen noch verschärft. Inzwischen lägen die Anteile der weltweiten Ausgaben im Verteidigungsbereich der USA bei 42 Prozent, der EU hingegen nur bei 17,6 Prozent. Die Verteidigungsfähigkeiten und -kapazitäten in Europa würden langsam, aber spürbar abnehmen. Finanzielle Engpässe böten aber auch eine große Chance für Veränderungen und damit eine Maximierung der Kosteneffizienz, fuhr er fort. Er erinnerte an *Smart Defence* als Leitbild für eine Zusammenarbeit und benannte einige bilaterale Vereinbarungen als einen Anfang. Nationale Interessen und Autonomie bei Schlüsselkapazitäten für die eigene Sicherheit stünden immer noch zu sehr im Fokus. Alexander Nicoll erklärte, aus seiner Sicht seien aufgrund der Haushaltsengpässe eine Priorisierung, eine Zusammenlegung von Ressourcen sowie eine Koordinierung in der Spezialisierung erforderlich. Abschließend sagte er, es gebe keine schnelle Lösung, aber mit wirksamen Veränderungen sei eine langfristige Lösung möglich. In der Diskussion ging Ale-

xander Nicoll davon aus, dass sich die USA verstärkt den Entwicklungen im pazifischen Raum zuwenden werden und Europa für den eigenen Schutz und sein Territorium eine größere Verantwortung übernehmen müsse. Dafür müsse eine engere europäische Verteidigungszusammenarbeit entwickelt werden. Er schlug auch Mentoring-Abkommen zwischen großen und kleinen Ländern vor. Der Abgeordnete **Uwe Beckmeyer** (Deutschland) thematisierte die Perspektive für die europäische Verteidigungsindustrie sowie Markt- und Preisentwicklungen. **Alexander Nicoll** sah Probleme für die europäischen Unternehmen ohne eine stärkere globale Orientierung. Eine Reduzierung der Anzahl der Firmen könne wirtschaftliche Stabilität bringen, aber fehlender Wettbewerb erhöhe auch die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten. Eine Lösung in diesem Spannungsfeld zu finden, sei deshalb eine besondere Herausforderung für die europäischen Regierungen.

Bei der Vorstellung des Berichts des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ zum Thema **„Die Integration der Volkswirtschaften des Mittelmeerraums“** erklärte Berichterstatter **Uwe Beckmeyer** (Deutschland) eingangs, beide Regionen, der nördliche und der südliche Teil des Mittelmeerraums, würden aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit oft losgelöst voneinander gesehen. Eine übergreifende Betrachtung der gegenwärtigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme zeige jedoch auch viele Gemeinsamkeiten und daher Lösungen für die länderübergreifenden Schwierigkeiten der Region. Die Herausforderungen der nördlichen Mittelmeeranrainer lägen in den Bereichen der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, Förderung von Wachstum und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Für notwendige strukturelle Anpassungen profitierten sie für die Lösung ihrer Probleme von einem EU-Rahmen. In den südlichen Mittelmeerländern herrsche politische und soziale Instabilität, teilweise als Folge einer chronisch unterdurchschnittlichen wirtschaftlichen Entwicklung, schwacher Institutionen, überregulierter Märkte, wenig Handel innerhalb der Region und einer unzureichenden Einbindung in die Weltwirtschaft. Ein Ansatz zur Bewältigung der Krise im südlichen Mittelmeerraum sei daher die Förderung viel engerer Wirtschafts- und Handelsverflechtungen in der Region und mit dem Rest der Welt. Für langfristiges Wachstum und Stabilität sei ein höheres Maß an Nord-Süd-Integration im Mittelmeerraum erforderlich, mit neuen Wegen zur Vertiefung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen allen Mittelmeerstaaten. Viele Staaten litten unter einer schlechten Infrastruktur und schwachen Logistiksystemen. Das sollte ein Schwerpunkt für europäische und nordamerikanische Unterstützung neben der Öffnung der eigenen Märkte sein. Abschließend sagte Abgeordneter Uwe Beckmeyer, die Türkei habe erhebliche Fortschritte bei ihren Handelsbeziehungen mit der Region erzielt, eine gemeinsame Strategie Europas mit der Türkei könnte für alle hilfreich sein. Er nannte das Modell des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) als nützlichen Prototyp für die Mittelmeerregion insgesamt. Der Abgeordnete **Diego Lopez Garrido** (Spanien) lobte die Sensibilität des Berichterstatters für die Situation im Mittelmeerraum. Er warb dafür, auch die Visa-Regelungen mit in die Schlussfolgerungen aufzunehmen. In der Diskussion sprachen sich mehrere Abgeordnete für einen größeren Fokus auf die steigenden Exporte der Region und die Reduzierung des Protektionismus aus. Der Berichterstatter Abgeordneter **Uwe Beckmeyer** sagte zu, diese Gedanken in den Berichtsentwurf aufzunehmen.

Berichterstatterin **Harriett Baldwin** (Vereinigtes Königreich) stellte den Bericht des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema **„Verteidigungsausgaben, nationale Sicherheit und Bündnissolidarität“** vor und erklärte eingangs, die externen Bedrohungen für das Bündnis bestünden nach wie vor, aber inzwischen lauere auch intern eine große Gefahr durch die Haushaltseinsparungen. Die NATO sehe sich einem immer dynamischeren internationalen Sicherheitsumfeld gegenüber. Cyberterrorismus, Drogenhandel, Massenmigration, Energiesicherheit und ein politisch instabiler Mittelmeerraum könnten sich zu erheblichen Bedrohungen entwickeln, wenn sie nicht konstruktiv und mit ausreichenden Ressourcen bekämpft würden. Sie fuhr fort, der Bericht untersuche, wozu Kürzungen und der Rückgang der militärischen Fähigkeiten führten, weil eine effiziente Abstimmung der Bündnispartner bei der Reduzierung der Verteidigungsausgaben fehle. Die Lösung dieses Problems sei eine der wichtigsten Herausforderungen in den nächsten Jahren. In der Diskussion berichtete der Abgeordnete **Uwe Beckmeyer** (Deutschland) über die Entwicklung der Verteidigungsausgaben seines Landes und die Reform der Bundeswehr. Er warb erneut dafür, beim Ländervergleich den Blick mehr darauf zu richten, wofür Geld ausgegeben werde, als allein auf die Höhe der Ausgaben. Wichtig sei eine Konzentration auf Fähigkeiten innerhalb des Bündnisses, der dann die Aufgabenverteilung unter den entsprechenden Ländern folgen könne. Einige Abgeordnete sagten der Berichterstatterin die Aktualisierungen des Zahlenmaterials bis zum Herbst zu.

Bei der Vorstellung des Generalberichts **„Die wirtschaftlichen und strategischen Implikationen der Revolution durch nicht-konventionelles Öl und Gas“** führte Generalberichterstatter **Jeppe Kofod** (Dänemark) in das Thema ein. Der technologische Wandel habe riesige Öl- und Gasvorkommen zugänglich gemacht, deren Erschließung zuvor lange als zu teuer und zu schwierig gegolten habe. Der Schiefergas- und -ölboom in Nordamerika habe die weltweiten Aussichten und Prognosen im Energiebereich von Grund auf verändert. Fallende

Gaspreise in den USA führten zu einer Senkung der Produktionskosten und zu einer Relokalisierung von produzierenden Unternehmen. Um keinen Wettbewerbsnachteil zu erleiden, müsse Europa einen stärker integrierten Energiemarkt im kontinentalen Maßstab und die dafür erforderliche Infrastruktur entwickeln. Der Berichterstatter sprach die vorhandenen erheblichen Umweltprobleme an, u. a. durch den extrem hohen Wasserbedarf, durch die unsachgemäße Speicherung und Entsorgung des Abwassers sowie eine mögliche Kontaminierung des Grundwassers. Die Risiken für Umwelt und Gesundheit seien der Grund für die Akzeptanzprobleme in der Öffentlichkeit. Die Regierungen müssten ihrer Aufsichts- und Kontrollpflicht durch flankierende und angemessene Regulierungen nachkommen. Europa sei im Gegensatz zu Nordamerika ein dicht bevölkerter Kontinent, hier hätten Umweltprobleme unmittelbare Auswirkungen. Abschließend warb er für Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz sowie für erneuerbare Energieträger, die sowohl sauber als auch strategisch sicher seien.

6. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am Samstag, 18. Mai 2013, unter dem Vorsitz von **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich).

In der Beratung des Generalberichts zum Thema **„Förderung des demokratischen Übergangs in der MENA-Region“** stellte die Generalberichterstatterin **Ulla Schmidt** (Deutschland) fest, dass sich in den vergangenen zwei Jahren seit dem Ausbruch des Arabischen Frühlings die regionale politische Landschaft in der *MENA*-Region (*Middle East and North Africa*) auf fundamentale Weise verändert habe. Eine der schwierigsten Fragen sei die Abwägung, ob die euroatlantische Gemeinschaft ihr Modell der Demokratie in der Region ungeachtet möglicher Konsequenzen für die sicherheitspolitische Situation fördern solle. Bei den Transformationsprozessen in den Staaten Mittel- und Osteuropas habe es für die euroatlantische Gemeinschaft keine derartigen Fragestellungen gegeben, denn diese Staaten hätten sich, anders als die Staaten der *MENA*-Region, um die Unterstützung der westlichen Staaten aktiv bemüht. Geografisch gesehen liege die *MENA*-Region nicht viel weiter von Europa entfernt als die mittel- und osteuropäischen Staaten. Genau wie in den mittel- und osteuropäischen Staaten seien auch bei den Aufständen in der arabischen Welt in den Jahren 2011 und 2012 Demokratie, Menschenrechte, Gerechtigkeit und Menschenwürde gefordert worden. Die Unterschiede beim Aufbau von Demokratie in Mittel- und Osteuropa und im Vorderen Orient und in Nordafrika seien jedoch groß. Lange unterdrückt durch alte Diktaturen habe sich die Region nun zwischen zwei Paradigmen entscheiden müssen. Eine, die die liberale Demokratie befürworte, und eine andere, die eine klare Verbindung zwischen dem Staat und dem Gesetz der Scharia fordere. Die politische Rolle der Streitkräfte sei ein weiterer wichtiger Faktor, der die Entwicklung der Demokratie in der Region beeinflusse. Zu den speziellen Herausforderungen, die sich einer demokratischen Entwicklung im Vorderen Orient und in der nordafrikanischen Region stellten, gehörten das Erstarken islamistischer Parteien und die politische Rolle des Militärs und der Sicherheitsdienste. Trotz ihrer begrenzten politischen Erfahrungen seien islamistische Gruppierungen auf Grund ihrer Fähigkeit, sich bei sozialen Projekten zu engagieren, sehr wohl in der Lage, beträchtliche Unterstützung in der Bevölkerung zu finden. Die Unterstützung für die islamistischen Kandidaten, so die Berichterstatterin, könne aber nicht zwangsläufig als Unterstützung der religiösen Ideologie interpretiert werden. Wichtig sei, die islamistischen Parteien mit einzubeziehen, gleichzeitig aber klar zu machen, dass die Beachtung fundamentaler Menschenrechte und Grundfreiheiten eine unabdingbare Voraussetzung für ihre Beteiligung sei. Die Berichterstatterin nannte folgende Faktoren, durch die die politischen und demokratischen Prozesse in den arabischen Staaten im Übergang beeinflusst, unterstützt oder behindert werden könnten: Mangelnde politische Erfahrung der Regierungsparteien, eine wachsende Polarisierung der Gesellschaften, ein Mangel an Legitimität und öffentlichem Vertrauen in die Regierungen und Institutionen, verkrustete Bürokratien, unzureichende Bemühungen zur Gewährleistung der Geschlechtergleichheit und mangelnde Fortschritte bei der Einrichtung einer demokratischen Kontrolle der Streitkräfte. Die westliche Unterstützung müsse sich an die aktuellen Regierungen wenden. Die Tatsache, dass in der Regierung Personen vertreten seien, die als Islamisten oder sogar Salafisten bezeichnet werden könnten, sei kein ausreichender Grund, um die Zusammenarbeit mit dem Land auszusetzen. Stattdessen solle ein umfassender Dialog mit allen Personen, die erfolgreich aus den Wahlen hervorgegangen seien, angestrebt werden. Es sei eindeutig, dass die Stabilität in der Region und unsere eigene Sicherheit eng miteinander verknüpft seien. Mit Hilfe des Mittelmeerdialogs und der Istanbuler Kooperationsinitiative verfüge die NATO über Instrumente, um den politischen Dialog mit diesen Ländern zu entwickeln und gezielt Unterstützung von Projekten anzubieten, insbesondere im Bereich der Reformen im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich. Das Bündnis solle das Potential dieser Instrumente ausschöpfen und keine neuen Mechanismen in Gang setzen. Fehle Unterstützung von Seiten der euroatlantischen Gemeinschaft, so würden die Menschen der Region sich an andere Geldgeber wenden, die sich nicht notwendigerweise zu den Werten der Demokratie und der Menschenrechte bekennen würden. Die NATO

PV solle sich weiterhin in der Region engagieren. Im Verlauf der anschließenden Diskussion lobten die Ausschussmitglieder die Qualität des Generalberichtsentwurfes sowie seine umfassende Analyse der komplexen regionalen Entwicklungen. Einige Ausschussmitglieder baten um zusätzliche Informationen, insbesondere in der Frage der Minderheitenrechte, der Entwicklung der Bürgergesellschaft, der Unabhängigkeit der Justiz und der Rolle der Mittelschicht bei den Übergangsprozessen. Es wurde eingeräumt, dass der Ausgang der syrischen Krise die regionale politische Landschaft im Vorderen Orient entscheidend verändern, weitreichende Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den Staaten haben und den bereits äußerst fragilen Status quo in Bezug auf die Sicherheit noch verschärfen werde. Die Berichterstatterin stellte abschließend fest, dass es wenig Sinn mache, nur einzelne Länder zu betrachten; vielmehr gelte es nach Gemeinsamkeiten zu suchen und eine Hilfe auf möglichst umfassender Grundlage anzubieten. Auch die EU habe mehrere Hilfsprogramme für die Länder entwickelt, die sich an dem *more for more*-Prinzip orientierten, und auch Programme, die sich speziell an Frauen richteten.

Professor Dr. Oliver Schlumberger, Leiter des Instituts für vergleichende Politikwissenschaft und Politik des Vorderen Orients an der Universität Tübingen, ging in seinem Vortrag zum Thema **„Die postrevolutionären Gesellschaftsordnungen in der MENA-Region“** auf die Entwicklung der Gesellschaftsordnungen in der *MENA*-Region des Arabischen Frühlings ein und stellte fest, dass der Vordere Orient zwar liberaler und pluralistischer geworden sei, die Region sich jedoch kaum auf gesicherten Pfaden der Demokratisierung bewege. Zwar sei die regionale politische Situation vielfältiger als je zuvor, drei Viertel der Staaten stünden jedoch weiterhin unter autoritärer Herrschaft. Tunesien sei das Land mit den realistischsten Aussichten auf Demokratie, während der Ausgang des Kriegs in Syrien, die postrevolutionären Ereignisse in Ägypten, Jemen und Libyen und die Entwicklung der Monarchien in Jordanien und Bahrain ungewiss erschienen. Professor Schlumberger nannte zwei wichtige strategische regionale Tendenzen, die sich infolge der arabischen Revolution von 2011/2012 herausgebildet hätten: das Auftauchen neuer Akteure infolge der Entstehung neuer politischer Konstellationen und das Ende der traditionellen westlichen Doktrinen im Vorderen Orient. Die Zunahme des „politischen Islam“ basiere auf mehreren Faktoren: dem Wegfall der Einschränkungen für die Beteiligung von Parteien an Wahlprozessen, der Unterstützung, die islamistische Parteien von außerhalb erhielten, hauptsächlich aus Katar und Saudi-Arabien, und darauf, dass diese Parteien einen Gegensatz zu den früheren autoritären Regimen verkörperten. Da Säkularismus und Liberalismus keine realistischen Chancen auf Unterstützung durch eine größere Zahl von Anhängern hätten, bleibe die entscheidende Frage für die Zukunft der Region die, welche Form des politischen sunnitischen Islam die Führung übernehmen werde. Da die neuen Regierungen kaum in der Lage seien, den sozioökonomischen Erwartungen der Bevölkerungen zu entsprechen, könne mittelfristig eine weitere Radikalisierung vieler Menschen in den arabischen Gesellschaften nicht ausgeschlossen werden. In Bezug auf die zweite Tendenz – das Ende der traditionellen westlichen Doktrinen – erklärte Professor Schlumberger, dass die politischen Doktrinen des Westens für den Vorderen Orient gescheitert seien, da viele Regime, die als Garanten der regionalen Stabilität angesehen worden seien, nicht mehr an der Macht seien. Er forderte daher die euroatlantische Gemeinschaft auf, ihre Unterstützung für und das Vertrauen in die noch bestehenden autoritären Regime in der Region zu überdenken. Zugleich solle man mit dem Begriff der Demokratie vorsichtig umgehen, da er als Vorwand zur Verschleierung des westlichen Einflusses auf die Region missinterpretiert werden könnte. Stattdessen solle man sich lieber auf weltweit akzeptierte Werte wie Menschenwürde und Bekämpfung von Folter konzentrieren. Der Ansatz der EU zur Unterstützung der Demokratiebewegungen könne erfolgreicher sein, wenn die Umsetzung der Programme besser gestaltet würde – so seien zum Beispiel die lokalen Vertretungsbüros der EU oft nicht geeignet für adäquate Maßnahmen. Man müsse den Menschen genau zuhören, um zu erfahren, was sie sich wünschten, und der oft geäußerte Wunsch nach Gerechtigkeit und danach, die politisch Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, sei letztlich nichts anderes als der Wunsch nach einer rechtsstaatlichen Ordnung. Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) betonte, dass auch sie den humanitären Ansatz für den Wichtigsten halte. Konkrete Hilfe sei erforderlich, damit die Menschen über den bevorstehenden Winter kämen. In Bezug auf die Lage der Frauen unterstrich sie, dass es gerade die Frauen gewesen seien, die für eine Veränderung der Verhältnisse gekämpft hätten. Dass ihre Rechte nun verfassungsrechtlich gesichert werden müssten, sei zentral, ebenso wie die Beteiligung der Frauen an allen politischen Prozessen. Tunesien sei hier auf gutem Wege, auch wenn die Verbesserungen noch nicht als ausreichend betrachtet werden könnten.

Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für das Ressort Justiz, Grundrechte und Staatsbürgerschaft, begann ihren Vortrag zum Thema **„Datenschutz und Sicherheit des Internets“** mit der Feststellung, das Internet sei *die* Infrastruktur des modernen Zeitalters. Sein Anteil am Wachstum des BIP der weltweit größten Volkswirtschaften betrage mehr als 20 Prozent. Die Vorzüge des Internets

gingen aber weit über seine direkten wirtschaftlichen Auswirkungen hinaus. Es sei einer der mächtigsten Faktoren für Wandel, Wachstum und Beschäftigung; sein Einfluss sei besonders stark in den Entwicklungsländern. Es könne Armut verringern und das Bildungswesen durch die Bereitstellung eines freien Zugangs zu Bildungsmaßnahmen jeglicher Art revolutionieren. Der Arabische Frühling sei eines der flächengreifendsten Beispiele, wie das Internet zur Unterstützung sozialer und demokratischer Reformen beitragen könne. Das Internet stehe aber nicht nur denjenigen zur Verfügung, die für Fortschritt und Freiheit kämpften, sondern könne auch für sektiererische und extremistische Ziele benutzt und von Hackern missbraucht werden. Sie verwies auf zwei derzeit in Ausarbeitung befindliche Projekte: die Reform der EU-Regelungen zum Datenschutz, vorgeschlagen von der EU-Kommission im Januar 2012, und die Strategie zur Internetsicherheit, die sie im Februar 2013 vorgestellt habe. Beide Projekte spiegelten die Werte wider, auf denen die EU fuße, und trügen zur Schaffung des digitalen Einheitsmarktes bei, zu dem 500 Millionen Bürger der größten Volkswirtschaft der Welt gehörten. Darüber hinaus ergänze der Schutz der persönlichen Daten Maßnahmen zur Förderung der Sicherheit des Internets und unterstütze die Bekämpfung von Internetkriminalität. Der Datenschutz sei einer der wenigen Bereiche, in dem es eine umfassende legislative Kompetenz der EU gebe. Die Strategie der EU für „ein offenes, sicheres und zugängliches Internet“ sei die *roadmap* der EU für Sicherheit im Internet. Sie umfasse eine Reihe von Maßnahmen, einschließlich der Schaffung des Europäischen Zentrums für Internetkriminalität, und verstärke die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den nationalen Behörden. Zur Verbesserung der Sicherheit des Internets weltweit unterstütze die EU darüber hinaus eine verstärkte Zusammenarbeit sowohl mit gleichgesinnten Partnern als auch mit Ländern, die andere Ansätze verfolgten. Sie forderte, zwischen EU und NATO mögliche Synergien zu prüfen und gemeinsame Werte zu fördern. Die Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) dankte Viviane Reding für ihre klaren Worte. Der Datenschutz sei einer der grundlegenden Werte, und es sei schwierig abzuwägen, wie die Freiheit des Internets und der Datenschutz miteinander in Einklang gebracht werden könnten. Notwendig seien klare Regelungen, auch für Industrie und Unternehmen.

Sonderberichterstatter **Lucio Malan** (Italien) untersuchte im Sonderbericht des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ über **„Georgiens euroatlantische Integration: Interne und externe Herausforderungen“** die politische Entwicklung in Georgien seit der „Rosenrevolution“ im Jahre 2003. Seitdem habe es außerordentliche Fortschritte bei der wachsenden wirtschaftlichen Freiheit und der Reduzierung von Korruption und Kriminalität gegeben. Dementsprechend habe die Weltbank Georgien in den Jahren 2006 und 2008 den Titel „Top Reformer des Jahres“ verliehen, und eine Reihe von internationalen Umfragen zeigten, dass Georgien, abgesehen vom Balkan, das am wenigsten korrupte ehemalige Mitglied der Sowjetunion sei. Dank geschäftsfreundlicher Gesetzgebung durch Präsident Saakashvili‘s Regierung könne Georgiens Wirtschaft wachsen wie nie zuvor; das Bruttosozialprodukt (BSP) in den Jahren 2010 bis 2012 sogar um jährlich sechs bis sieben Prozent. Auch öffentliche Versorgungseinrichtungen wie die Stromversorgung seien deutlich verbessert worden. Dennoch gebe es weiterhin zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen. Trotz der zum größten Teil positiven Resonanz der Parlamentswahlen von 2012 gebe es demokratische Defizite, etwa bei der Transparenz und Zuverlässigkeit der Justiz oder bei der Behandlung von Gefangenen. Außerdem sei die Presse nicht unabhängig, da Journalisten weitgehend Selbstzensur praktizierten und die kritische Presse von Bedrohungen durch Regierungsmitglieder berichte. Das politische System habe einen positiven Wandel vollzogen, gekennzeichnet durch eine Verfassungsreform und die Konsolidierung der Opposition. Durch das zügige Eingestehen seines Wahlverlustes und die Ernennung von Bidzina Ivanishvili zum Premierminister habe Präsident Saakashvili das Wohlwollen der internationalen Gemeinschaft errungen. Ziele seien weiterhin eine NATO-Mitgliedschaft und der EU-Beitritt. Kein anderes Land bemühe sich so sehr um die Aufnahme in das Sicherheitsabkommen, was vor allem durch die großen Beiträge zu internationalen NATO-Einsätzen, wie zum Beispiel in Afghanistan, deutlich werde. Die NATO-Georgien-Kommission (NGC) sei 2008 zum Ausbau des Dialoges mit der Allianz gegründet worden. Im gleichen Jahr hätten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten Georgien unmissverständlich zugesichert, dass es NATO-Mitglied werden könne. Außerdem gebe es als Gegenstück zur NATO-Georgien-Kommission den Georgien-NATO Interparlamentarischen Rat (GNIC) zum Austausch mit der NATO PV. Es sei entscheidend, dass die NATO-Parlamentarier das Geschehen in Georgien weiter verfolgten und das Land unterstützten. In der anschließenden Diskussion stimmten Vertreter beider großer politischer Richtungen in Georgien darin überein, dass der Berichtsentwurf einen umfassenden und ausgewogenen Überblick über die innerstaatlichen Entwicklungen in Georgien biete. Sie schlossen sich der Auffassung des Berichterstatters an, dass Dialog und Zusammenarbeit zwischen den gegnerischen politischen Parteien in Georgien von allergrößter Bedeutung seien, damit Georgien weiterhin den euroatlantischen Grundsätzen entsprechen könne. Darüber hinaus zeigten sie sich engagiert gegenüber der Erfüllung aller weiteren für den NATO-Beitritt erforderlichen Bedingungen und im Hinblick auf die Konsultationsmechanismen des NGC. Mehrere Ausschussmitglieder stellten anerkennend die beträchtlichen Fortschritte Georgiens in den Bereichen Reform

des Sicherheitssektors und Korruptionsbekämpfung fest sowie seine Anstrengungen beim Aufbau von Frieden und dem Bestreben, ein Modell für demokratische Entwicklung in der Region zu werden.

Eine der Kernaussagen des Sonderberichts über **„Sicherung einer stabilen Zukunft für den westlichen Balkan“** des Sonderberichterstatters **Witold Waszczykowski** (Polen) war, dass die Stabilisierung des westlichen Balkans und seine schrittweise Integration in die euroatlantischen Institutionen eine wichtige Voraussetzung für die europäische und transatlantische Sicherheit bleibe. Der bemerkenswerte Wandel in der Region in den letzten zwanzig Jahren und die enormen Anstrengungen, die unternommen worden seien, um ein Gebiet der Sicherheit und des Wohlstands zu werden, hätten die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Ausbruchs eines bewaffneten Konflikts beträchtlich verringert. Der Balkan habe aber auch die euroatlantischen Institutionen verändert, da er Ausgangspunkt gewesen sei für neues NATO-Krisenmanagement und die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Verbleibende Herausforderungen seien: eine weiterhin fragile Lage des Staates Bosnien Herzegowina und, trotz der Wiederaufnahme von Gesprächen auf hochrangiger Ebene zwischen Belgrad und Pristina, eine unbestimmte Zukunft der Republik Kosovo. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien stehe kurz vor einer NATO-Mitgliedschaft, nachdem ihr vor 14 Jahren ein Aktionsplan für die Mitgliedschaft (MAP) gewährt worden sei; aufgrund des ungelösten Namensstreits mit Griechenland sei sie jedoch nicht in der Lage, diese Schwelle zu überschreiten. Darüber hinaus gebe es Probleme bei der Erfüllung der Voraussetzungen in den Bereichen Korruption, Bekämpfung des organisierten Verbrechens, Reform des Verwaltungs- und Justizwesens sowie Stärkung der unabhängigen Medien und der Nichtregierungsorganisationen. Es sei auch wichtig, daran zu erinnern, dass wirtschaftlicher Aufschwung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und soziale Sicherheit die dringendsten und wichtigsten Fragen für die Mehrheit der Bevölkerung in der Region seien. Fortschritte auf dem Gebiet des politischen Dialogs und der ethnischen Aussöhnung seien oftmals nicht von Dauer, solange es für diese wichtigen sozioökonomischen Probleme keine angemessene Lösung gebe. Der internationalen Gemeinschaft fehle eine klare und effiziente Strategie für die Region. Die Nutzung der Erweiterungsvoraussetzungen als alleiniges außenpolitisches Instrument auf dem westlichen Balkan sei an ihre Grenzen gestoßen. Das Versprechen einer Mitgliedschaft an sich garantiere weder Institutionenaufbau noch Demokratisierung, insbesondere in Ländern, die sich ungelösten Grenz- und Statusfragen gegenübersähen. Eine Mitgliedschaft in den euroatlantischen Institutionen sei nicht die einzige den Ländern in der Region zur Verfügung stehende Option, denn es gebe andere wichtige, externe Akteure, wie zum Beispiel Russland. In der anschließenden Diskussion dankte der Abgeordnete **Konstantin Samofalov** (Republik Serbien) dem Sonderberichterstatter für den sehr ausgewogenen Berichtsentwurf. Die serbische Delegation bat, ihren Appell mit aufzunehmen, die Präsenz der Kosovo-Truppe (KFOR) nicht zu reduzieren, da sie der Hauptgarant für Frieden und Sicherheit des kulturellen serbischen Erbes in der Republik Kosovo sei. Sowohl von der serbischen als auch der spanischen Delegation wurde das Thema Organhandel aufgegriffen und angeregt, es mit in den Bericht aufzunehmen. Die Abgeordnete **Ermira Mehmeti Devaja** (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) lobte die Analysen des Berichtes und bekräftigte den weiterhin bestehenden Wunsch von Skopje auf eine Mitgliedschaft in NATO und EU. Sie unterstrich, dass der Namensstreit dem Land weiterhin im Wege stehe, und umriss sowohl derzeitige innerstaatliche Herausforderungen als auch erfolgreiche Entwicklungen. Sie begrüßte das Abkommen zwischen Belgrad und Priština als ein Signal für die Region, das zeige, dass wirkliches Engagement auch schwierige Fragen lösen könne.

7. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Den Ausschuss für Wissenschaft und Technologie leitete am Sonntag, 19. Mai 2013, vormittags die stellvertretende Vorsitzende **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich); am Nachmittag übernahm Abgeordneter **David Scott** (Vereinigte Staaten). Im Zentrum der Beratungen des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie standen die Themen Luxemburgs Weltraumpolitik, Raketenabwehr – der neueste Stand, Thorium-Reaktoren, besserer Schutz für Bodentruppen, Energieeffizienz im militärischen Bereich der NATO und Zukunft der Kampfflugzeuge.

In seinem Vortrag zum Thema **„Die Weltraumpolitik Luxemburgs“** schilderte **Dr. Pierre Decker**, Leiter der Forschungsabteilung im Bildungsministerium Luxemburgs, zunächst die Bestrebungen Luxemburgs, seine Volkswirtschaft stärker zu diversifizieren und dabei die Weltraumforschung in den Mittelpunkt zu stellen, wozu die *Société Européenne des Satellites* gegründet worden sei. Inzwischen betreibe Luxemburg 52 geostationäre Satelliten. Unverzichtbar sei für ein kleines Land wie Luxemburg international zu kooperieren, so dass es seit 2005 der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) beigetreten sei, wo es – gemessen an seinem BSP – zu den größten Beitragszahlern gehöre. Gerade im Bereich der Telekommunikation sei Luxemburg sehr aktiv und habe ein Projekt aufgelegt, um bei Großkatastrophen die Kommunikation für humanitäre Einsätze vorzuhalten. Eine führende Rolle habe Luxemburg auch bei der Entwicklung von Mikrosatelliten übernommen, dank derer

täglich der Schiffsverkehr auf den Weltmeeren überwacht werde. Dr. Pierre Decker zog ein positives Resümee von Luxemburgs Weltraumforschungs- und -entwicklungsinitiativen. Damit sei der Wirtschaft ein wichtiger Impuls gegeben worden. In der nachfolgenden Diskussion wollte Abgeordneter **Tevan Poghosian** (Armenien) wissen, inwieweit die Zusammenarbeit mit Nachbarländern auf konkrete Hilfe bei Katastrophen abziele und wie das Geld konkret bestimmten Forschungsprojekten zugeteilt werde. **Dr. Pierre Decker** erläuterte, dass diese Kooperation in ein VN-Programm eingebettet sei und die Mittelzuteilung von den ESA-Mitarbeitern direkt vorgenommen werde. Abgeordnete **Teresa Riera Madurell** (Europäisches Parlament) verwies auf die Mängel bei den Weltraumforschungs- und -entwicklungsprojekten im europäischen Rahmen. **Dr. Pierre Decker** machte deutlich, dass Kooperation für Luxemburg ein *must* sei, um überhaupt auf dem hartumkämpften Markt bestehen zu können. Abgeordneter **Pawel Arndt** (Polen) erkundigte sich nach der Höhe der Förderung für Forschung und Entwicklung und nach der Entstehung der Weltraumprojekte. **Dr. Pierre Decker** antwortete, dass die öffentliche Förderung von jetzt knapp einem Prozent auf drei Prozent bis zum Jahr 2020 steigen werde. Das Programm sei erst vor zehn Jahren aufgelegt worden; inzwischen bestehe eine starke Nachfrage vonseiten der luxemburgischen Industrie und dank der ESA sei Expertise zur Programmbegleitung und -durchführung gewährleistet. Abgeordneter **Barbu Tudor** (Rumänien) interessierte sich dafür, ob Luxemburg junge begabte Naturwissenschaftler in Förderprogramme aufnehme. **Dr. Pierre Decker** bedauerte, dass es in seinem Land oft an Nachwuchs fehle, weil natur- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge als wenig attraktiv gelten.

Dr. William Potter, *Monterey Institute for International Studies*, räumte in seinem Vortrag zum Thema **„Raketenabwehr aus russischer und US-amerikanischer Sicht“** mit der Vorstellung auf, lediglich die USA hätten ein begründetes Interesse an Raketenabwehr, Russland sei hingegen nicht daran interessiert. Russland habe mit Erleichterung die Entscheidung aufgenommen, Phase 4 der US-Raketenabwehr in Europa zu stoppen. Dennoch gebe es tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten: Die USA befürworteten ein Kooperation bei der Raketenabwehr, Russland jedoch stehe der Raketenabwehr insgesamt skeptisch gegenüber und fordere Garantien. Besorgt sei Russland auch über die Weiterentwicklungen bei der US-amerikanischen konventionellen Rüstung und sehe darin eine Tendenz zur weltweiten Dominanz. Dr. William Potter plädierte für ein Verständnis für die Position des jeweils anderen und für regelmäßige militärpolitische Konsultationen, z. B. im Rahmen des VN-Sicherheitsrates. Unübersehbar sei auch die zunehmende Gefahr, dass nichtstaatliche Akteure in den Besitz von Nuklear- oder Massenvernichtungswaffen gelangten und damit Anschläge verübten. Real und konkret bezifferbar seien darüber hinaus die volkswirtschaftlichen Schäden durch Cyberkriminelle. Abgeordneter **Viktor Zawarin** (Russische Föderation) eröffnete die Diskussion mit dem Hinweis, dass die Gefährdung jenseits der Grenzen Europas zunehme. Er unterstrich die Dialogbereitschaft Russlands unter der Prämisse eines Austausches auf Augenhöhe. **Dr. William Potter** nannte als Haupthindernis für ein Einvernehmen das mangelnde Vertrauen zu dem Gegenüber. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) äußerte sich besorgt angesichts der Gefahr eines biologischen Terrorangriffs mit Botolin und wollte ganz konkret wissen, wie rasch man illegal diesen hochtoxischen Stoff besorgen könne. **Dr. William Potter** bestätigte Lord Jopling in seiner Besorgnis. Abgeordneter **Mike Turner** (Vereinigte Staaten) unterstrich, dass Defensivsysteme immer der Gefahrenabwehr dienten, im konkreten Fall nannte er die große Reichweite Nordkoreas Nuklearwaffen und lehnte Moskaus Forderung nach Garantien ab. Abgeordneter **Andrius Mazuronis** (Litauen) brachte sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass Russland Verteidigungssysteme für Europa als Angriffsinstrumente bewerte. Abgeordneter **David Scott** (Vereinigte Staaten) beurteilte unter Hinweis auf zielführende Treffen in Moskau die russisch-amerikanischen Beziehungen positiver als viele seiner Ausschusskollegen und plädierte für weitere Kooperationsbemühungen mit Russland.

Dr. Stephen Ashley, Ingenieurwissenschaftliche Fakultät der Universität Cambridge, skizzierte in seinem Vortrag zum Thema **„Zukunft von Thorium-Reaktoren“** die Anwendungsmöglichkeiten von Thorium bei der Kernenergiegewinnung. Weltweit erzeugten 435 Kernreaktoren 13,5 Prozent des globalen Energiebedarfs – die meisten davon mit niedrig angereichertem Uran. Thorium sei ein vielversprechender, zukunftsweisender Kraftstoff, der weitaus effizienter und weniger gefährlich als Uran die Energieversorgung sichern könne. Abgeordneter **Philippe Vitel** (Frankreich) eröffnete die Diskussion und begrüßte Thorium-Reaktoren als Fortentwicklung der Kernenergie und bat Dr. Ashley um Auskunft darüber, wie hoch die Kosten seien. Da gebe es keinen Unterschied zu den herkömmlichen Kernkraftwerken, antwortete der Wissenschaftler aus Cambridge. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich), dessen Wahlkreis bei Sellafield liegt, brachte die Besorgnis seiner Wähler zum Ausdruck, was die Lagerung von radioaktivem Abfall in Sellafield anbelange und wollte gerne wissen, wie es um die Lagerung von Thorium bestellt sei. **Dr. Stephen Ashley** erläuterte, dass aktuell an der Entwicklung eines geschlossenen Systems geforscht werde, bei dem die Abfälle dem Energieproduktionszyklus wieder zugeführt würden. Abgeordneter **Andrius Mazuronis** (Litauen) fragte unter Hinweis darauf, dass sowohl in den

USA wie auch in Europa an der Entwicklung von Thorium-Reaktoren gearbeitet werde, ob es denn auch gemeinsame Projekte gebe. Abgeordneter **Tevan Poghosyan** (Armenien) fragte nach der Umweltbelastung der Thorium-Kraftwerke, worauf **Dr. Stephen Ashley** sie als „grüner“ bezeichnete. Zu den Kooperationen verwies Dr. Stephen Ashley auf große Partnerschaftsabkommen zwischen den USA, Europa und weiteren Ländern.

Ohne Aussprache nahmen die Ausschussmitglieder den von Berichterstatter **Osman Baks** (Türkei) vorgelegten Bericht des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ über **„Neue Energieideen für die NATO-Streitkräfte: Stärkung der Rechenschaftspflicht, Reduzierung des Bedarfs, Sicherung der Versorgung“** zur Kenntnis, der darauf hinwies, wie stark der Energieverbrauch beim Militär während der vergangenen 60 Jahre gestiegen sei. Mit seinem Bericht – so Abgeordneter Osman Bak (Türkei) – wolle er auf die Folgen von ineffizientem Energieverbrauch im militärischen Bereich für die Umwelt, Sicherheit und Finanzen aufmerksam machen. Zwar bemühten sich die USA wie auch die EU bereits jetzt um Energieeinsparung und Effizienzsteigerung beim Militär, es sei jedoch noch viel Luft nach oben, indem man sich auf gemeinsame Standards, Ausbildung und integrierte Systeme verständige.

Bei der Beratung des Generalberichts über **„Verbesserung der Überlebensfähigkeit der NATO-Bodentruppen“**, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Abgeordneter Steven Gilbert (Vereinigtes Königreich) und vorgestellt von **Baroness Ramsay of Cartvale** (Vereinigtes Königreich), betonte sie eingangs, es müsse unter allen Umständen gewährleistet werden, dass in den Militäreinsatz entsandte Bodentruppen bestmögliche Überlebenschancen hätten. Im Vergleich zu früheren Einsätzen sei die Überlebensrate bei Militäraktionen im Irak oder Afghanistan deutlich höher. Zugleich warnte Baroness Ramsay davor, aufgrund der rückläufigen Militärbudgets hinter die jetzigen Standards zurückzufallen. In dem Bericht werden konkrete technische Verbesserungen bei militärischem Gerät und der Ausrüstung der Soldaten beschrieben. Geradezu revolutionär seien die Fortschritte bei der medizinischen Versorgung von in Afghanistan oder im Irak Verletzten. Ihre Kollegen forderte Baroness Ramsay auf, aus den gewonnenen Erfahrungen Grundsätze abzuleiten und die Priorität, Bodentruppen bestmöglich zu schützen und zu versorgen, aufrechtzuerhalten. Senator **Jacques Gautier (**Frankreich) unterstrich den Widerspruch zwischen gewünschtem größtmöglichem Schutz der Truppen und einem handhabbaren Gewicht der Schutzkleidung; werde diese aus Gründen des stärkeren Schutzes zu schwer, könne die damit einhergehende geringere Mobilität ihrerseits zu Gefährdungen führen. Abgeordneter **David Scott** (Vereinigte Staaten) erwähnte ganz konkrete Änderungs- und Ergänzungswünsche für den Generalberichtsentwurf, insbesondere was den Schutz von Soldatinnen und das Einführungsdatum neuer gepanzerter Fahrzeuge anbelangte. Dankbar nahm **Baroness Ramsay** die Kommentare und Ergänzungen entgegen und versprach, dass sie in der Endversion des Generalberichts berücksichtigt würden.

Stellvertretend für den Sonderberichterstatter Pierre Claude Nolin (Kanada) stellte Abgeordneter **Andrius Mazuronis** (Litauen) den Sonderbericht über **„Die Zukunft von Kampfflugzeugen: die sechste Generation“** vor. Er forderte angesichts des rasanten technologischen Fortschritts seine Bündniskollegen auf, für eine bessere Finanzausstattung bei der Luft- und Weltraumforschung zu werben. Die einschlägige Industrie in den USA entwickle bereits ein Nachfolgermodell. Da etwa im Jahr 2030 die Kampfjets ausgemustert werden müssten und die Projektierung und Produktion von Nachfolgermodellen sehr viel Vorlauf benötige, sollte mit der Planung zügig begonnen werden. Andrius Mazuronis vertrat die Auffassung, dass der Luftwaffe in Zukunft eine größere Rolle zufallen werde als bislang, so dass die NATO dafür mehr Ressourcen aufbringen sollte.

Für das Jahr 2013 stellte Abgeordneter **David Scott** (Vereinigte Staaten) den Ausschussmitgliedern Besuche in Texas – voraussichtlich im Juni – und nach Israel sowie in die Palästinensischen Gebiete in Aussicht.

8. Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC)

Der Ständige Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss tagte am Freitag, 17. Mai 2013, unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich).

In seinem Vortrag zum Thema „**Afghanistan nach dem Übergang: Perspektiven und Herausforderungen**“ betonte Abgeordneter **Khalid A. Pashtoon**, Leiter der afghanischen Delegation, dass es trotz der beachtlichen Anstrengungen, welche die Alliierten während ihres Einsatzes in Afghanistan auf sich genommen hätten, nach wie vor zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen gebe. Er nannte insbesondere ein weit verbreitetes Analphabetentum, einen Mangel an Fachpersonal und ethnisch bedingte Gräben, welche politische Prozesse behindern. Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) fragte nach dem Stand des Abschlusses eines Stationierungsabkommens zwischen Afghanistan und den Alliierten sowie nach Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels. **Khalid A. Pashtoon** äußerte die Zuversicht, dass das Abkommen in den nächsten zwei Monaten unterzeichnete werde, und unterstrich die Bedeutung dieses Übereinkommens für die Entwicklung des Landes. Würden die Verhandlungen scheitern, sehe er die Gefahr eines staatlichen Zusammenbruchs

in Afghanistan. Im Kampf gegen den Drogenanbau sei internationale Hilfe im Bereich Agrarwirtschaft elementar, um den Bauern eine Alternative bieten zu können. Ziel sei es, eines Tages Afghanistan ein drogenfreies Land nennen zu können. Nach seiner Einschätzung sei die ANSF eine gut funktionierende Truppe, die abgesehen von Defiziten in der Ausstattung in der Truppenstärke den Taliban gewachsen sei. Trotzdem blieben die Taliban eine Gefahr für die Stabilität des Landes. Er äußerte zugleich die Hoffnung, die Taliban könnten sich langfristig zu einer Akzeptanz der Verfassung durchringen, wie dies in deren unteren Entscheidungsebenen durchaus zu erkennen sei. Auf eine Frage der Abgeordneten **Beatriz Rodriguez-Salmones** (Spanien) bezeichnete er Pakistan als die Hauptquelle von Instabilität in Afghanistan, gefolgt vom Iran. Er hoffe, dass die aktuellen politischen Entwicklungen in Pakistan zu einer stärkeren Kooperation zwischen Pakistan und Afghanistan führten. Von dem Abgeordneten **Norbert Haupert** (Luxemburg) auf die Chance regelgerechter Präsidentschaftswahlen angesprochen, vertrat er, dass trotz der Schwäche des afghanischen Parlaments und anhaltender Korruption die Mehrheit der Politiker in Afghanistan heute an einem funktionierenden politischen System mit einer demokratisch legitimierten Regierung interessiert seien. **Khalid A. Pashtoon** stellte auf Nachfrage der Abgeordneten **Marit Nybakk** (Norwegen) fest, dass Verstöße gegen die Rechte von Frauen nach wie vor an der Tagesordnung seien, beruhend auf mangelnder Bildung und traditionellen Rollenbildern. Er unterstrich das große Gefälle zwischen Stadt und Land beim Thema Gleichberechtigung von Mann und Frau. Aber es gebe auch Fortschritte. So habe gerade die erste Frau in Afghanistan eine Flugstreitkräfteausbildung absolviert. Er betonte, dass Afghanistan reich an Bodenschätzen sei, und dass mit einer veränderten Sicherheitslage und der Wiederaufnahme von Handel, bei gleichzeitiger Eindämmung der nach wir vor in Regierungskreisen grassierenden Korruption, dem Land eine prosperierende Zukunft bevorstehen könnte.

Präsident **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) nannte Afghanistan ein gutes Beispiel für praktische Kooperation zwischen der NATO und Russland. Seit 2005 stellten die Alliierten und die Russische Föderation Trainings für Afghanen zur Bekämpfung des Betäubungsmittelanbaus zur Verfügung. Auch Botschafter **Alexander Grushko**, Leiter der russischen Vertretung bei der NATO, beschrieb in seiner Präsentation **„Die Rolle Afghanistans in den NATO-Russland-Beziehungen“** einen positiven Trend in der praktischen Zusammenarbeit der Alliierten und der Russischen Föderation, insbesondere in Bezug auf Afghanistan. Die Regierung in Moskau habe jedoch die Befürchtung, dass die Situation in Afghanistan von Seiten der NATO nicht realistisch eingeschätzt werde, angesichts eines Anstiegs der zivilen Opfer um 30 Prozent und des Drogenhandels um 40 Prozent. Er sehe bis heute die ANSF nicht in der Lage, die Sicherheit des Landes ohne die Unterstützung der *International Security Assistance Force* (ISAF) zu garantieren. Die Taliban hätten seiner Einschätzung nach auch kein Interesse an ernstzunehmenden Friedensgesprächen. Das Land stehe vor enormen wirtschaftlichen Herausforderungen, 70 Prozent der afghanischen Arbeitsplätze hingen von der Präsenz der ausländischen Truppen im Land ab. Er bezifferte den Gewinn aus der Drogenproduktion in Afghanistan mit 65 Millionen Dollar pro Jahr. Die Russische Föderation habe bilateral einiges getan, um den Wiederaufbau des Landes zu unterstützen. So habe sie das afghanische Ministerium für Sicherheit bei der Modernisierung der militärischen Ausstattung sowie die Universität in Kabul und zahlreiche afghanische Schulen unterstützt. Er sehe weiteren Kooperationsbedarf mit der NATO, insbesondere im Bereich der Sicherung von Infrastruktur, wie zum Beispiel der für eine Wiederbelebung des Handels wichtigen Nordroute. Im Zentrum der anschließenden Debatte ging es im Wesentlichen um die Rolle der zentralasiatischen Staaten im Hinblick auf die Bekämpfung von Drogenhandel und Terrorismus. Der Botschafter forderte die internationale Gemeinschaft auf, ihre Unterstützung für die zentralasiatischen Nachbarstaaten Afghanistans zu erhöhen, damit diese in ihren politischen und sozialen Strukturen gestärkt würden. Er gab zu, dass es einen Bedarf gebe, das Ansehen der Russischen Föderation in Afghanistan zu verbessern. Jenseits der Tagesordnung sprach Abgeordneter **Menzies Campell** (Vereinigtes Königreich) die Waffenlieferungen der Russischen Föderation nach Syrien zur Unterstützung des Regimes von Baschar Hafiz al-Assad an. Hierauf erwiderte Botschafter **Alexander Grushko**, dass die Russische Föderation auf der Grundlage von Verträgen, die vor der Krise in Syrien geschlossen worden seien, Waffen an die syrische Regierung geliefert habe, die nicht im internen Konflikt eingesetzt würden. Die Russische Föderation arbeite an einer politischen und diplomatischen Lösung des Konfliktes, sehe es aber vorrangig als die Verantwortung der Konfliktparteien, sich zu einigen. Die Russische Föderation sei gegen eine Intervention und sehe es mit Unbehagen, dass Rebellen in beträchtlichem Umfang mit westlichen Waffen ausgestattet würden.

9. Plenarsitzung

Am Freitag, 17. Mai 2013, fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich), die Plenarsitzung statt.

In seinen einleitenden Worten forderte **Präsident Hugh Bayley** die Mitglieder der Versammlung auf, ihren Regierungen die negativen Folgen weiterer Kürzungen der nationalen Verteidigungshaushalte vor Augen zu führen. Mehr Transparenz der NATO müsse dazu beitragen, das öffentliche Vertrauen zurückzugewinnen. Die Stärkung des transatlantischen Verhältnisses sei eine weitere Priorität. Die Parlamentarische Versammlung spiele bei der Erreichung beider Ziele eine elementare Rolle. Er berichtete von seinen Besuchen in Afghanistan und Mali. Er sei beeindruckt von den in Afghanistan erreichten Zielen, sah aber die anstehenden Wahlen als Gradmesser für die weitere Entwicklung des Landes. Das Eingreifen Frankreichs in Mali bezeichnete er als ein Beispiel erfolgreicher Intervention. Er betonte, dass die NATO-Erweiterung die Allianz nachhaltig verändert und den durch Frieden und Stabilität geprägten Raum auf dem europäischen Kontinent ausgeweitet habe. Die Beitrittsanwärter – Georgien, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina – könnten sich der Unterstützung der Versammlung auf dem Weg zum Beitritt sicher sein.

Der **Präsident des Abgeordnetenhauses des Großherzogtums Luxemburg Laurent Mosar** verwies in seiner Ansprache auf die andauernden Beiträge seines Landes zu den NATO-Operationen in Afghanistan und in der Republik Kosovo, die belegten, dass sich sein Land zu den Werten der Allianz bekenne.

Der **Premierminister des Großherzogtums Luxemburg Jean-Claude Juncker** ergänzte, die Allianz sei nicht nur eine Gemeinschaft der Werte, sondern auch eine Gemeinschaft der geteilten Verantwortlichkeiten. Er verwies zugleich auf die dramatischen Veränderungen, welche die politische Architektur Europas erfahren habe, insbesondere mit Blick auf die Erweiterung der NATO und die eingegangenen Partnerschaften, seitdem die Parlamentarische Versammlung erstmalig 1984 in Luxemburg getagt habe.

Eine Änderung der Geschäftsordnung der NATO PV, wonach sich die Amtszeit des Generalsekretärs der Versammlung nicht wie bislang nur drei-, sondern nunmehr viermal um je zwei Jahre verlängern lässt, wurde entsprechend dem Votum des Ständigen Ausschusses angenommen.

Das Plenum schloss mit einer gemeinsamen Sitzung der NATO PV mit dem Nordatlantikrat und dem **NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen**. Letzterer vertrat in seiner Ansprache einführend, dass sich die internationalen Bemühungen in und die getätigten Investitionen für Afghanistan heute auszahlten. Afghanistan sei heute keine „Startrampe“ für Terroristen mehr. Vielmehr habe die internationale Gemeinschaft den Afghanen die Bedingungen geschaffen, um nunmehr ihre Zukunft selbständig wieder aufzubauen. Mit Auslaufen der Kampfmission ISAF Ende 2014 beginne die neue Phase einer Mission, die Training, Beratung und sonstige Hilfestellung bieten werde. Die weitere Unterstützung durch die Allianz hänge jedoch von den Bemühungen der afghanischen Regierung ab, ihre Zusagen hinsichtlich ordnungsgemäßer Wahlen, der Bekämpfung von Korruption, der Schaffung besserer *governance*-Strukturen und der Einhaltung der Verfassung sowie der Achtung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte der Frauen, und sonstiger Gesetze zu erfüllen. Aber auch Fortschritte in wirtschaftlicher Hinsicht bezeichnete er als elementar, um die hart erkämpften Errungenschaften im Bereich der Sicherheit zu verstetigen. In der sich anschließenden Fragerunde erkundigte sich Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) nach weiteren Details zum Konzept der Trainingsmission für „Afghanistan post-2014“ und nach der voraussichtlichen Unterzeichnung des entsprechenden Abkommens. NATO-Generalsekretär **Anders Fogh Rasmussen** verwies auf das anstehende Verteidigungsministertreffen im Juni 2013, bei dem weitere Details des Konzeptes diskutiert werden sollen. Der Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens über den Status der Mission hänge insbesondere von den Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der afghanischen Regierung ab. Abgeordneter **Victor A. Ozerov** (Russische Föderation) unterstrich die Bedeutung internationaler Kooperation im Bereich *cyber defence* und erkundigte sich nach der Bereitschaft, auf entsprechende Vorschläge des russischen Verteidigungsministeriums einzugehen. Botschafter **Martin Erdmann** (Deutschland) räumte hierzu ein, dass in die Zuständigkeit der NATO bislang nur der Schutz ihrer eigenen Netze falle. Er erachte aber eine Kooperation mit Partnern und insbesondere der Russischen Föderation im Bereich *cyber defence*, wie in anderen Bereichen auch, für wichtig, um der Entstehung neuer Trennlinien zwischen Ost und West entgegenzuwirken. Auch Abgeordneter **Gabriel Vlase** (Rumänien) betonte, wie wichtig es sei, die Russische Föderation bei der Gestaltung einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur einzubeziehen und fragte, wie das neue Konzept der Russischen Föderation zur Außenpolitik angenommen werde. NATO-Generalsekretär **Anders Fogh Rasmussen** erklärte, dass sich die NATO eine Stärkung der Partnerschaft mit der Russischen Föderation wünsche. Er vertrat zugleich, dass Russland von der NATO und auch von deren Osterweiterung profitiere, da sie mehr Sicherheit in Europa schaffe, und damit auch an den russischen Westgrenzen. Die NATO stehe weiterhin zu ihrer *open door policy* und sei bereit, weitere Mitglieder aufzunehmen.

Die NATO sei insbesondere ermutigt durch den erfolgreichen Verlauf der Wahlen in Georgien im Jahr 2012. Er kündigte einen Besuch des Nordatlantikrates in Georgien und Gespräche zu weiterem Reformbedarf an.

Berlin, den 6. Juli 2016

Dr. Karl A. Lamers
Leiter der Delegation

Lorenz Caffier
Leiter der Delegation des Bundesrates

Abkürzungsverzeichnis

ANSF	Afghan National Security Forces (Afghanische Sicherheitskräfte)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
ESA	European Space Agency (Europäische Weltraumorganisation)
ESVP	Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EUTM	European Union Training Mission (Trainingsmission der EU)
GNIC	Georgia-NATO-Interparliamentary Council (Georgien-NATO Interparlamentarischen Rat)
ISAF	Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force)
KFOR	Kosovo Force (Kosovo-Truppe)
MAP	Membership Action Plan (Aktionsplan für die Mitgliedschaft)
MENA	Middle East and North Africa (Vorderer Orient und Nordafrika)
NAFTA	North American Free Trade Agreement (Nordamerikanischen Freihandelsabkommen)
NGC	NATO-Georgia-Commission (NATO-Georgien-Kommission)
NATO PV	Parlamentarische Versammlung der NATO
VN	Vereinte Nationen



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333